



Innenausschuss

61. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

23. April 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:45 Uhr

11:05 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die die Polizei betreffenden Tagesordnungspunkte 3, 4, 5, 6, 7, 12 und 13 vorzuziehen. Die Tagesordnung wird entsprechend umgestellt.

1 Abschließender Polizeibericht zu HoGeSa-Krawallen in Köln (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage)

8

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2780

¹ nichtöffentlicher Teil zu TOP 1 siehe nöAPr 16/138

- 2** **„Plant die rot-grüne Landesregierung einen Behörden-Kahlschlag bei der Polizei?“** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **24**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2784
Zuschrift 16/712
- ohne Diskussion -
- 3** **„Innenminister Ralf Jäger brüskiert Medien und Landtag: Offizielle Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2014 abgesagt** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **25**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2782
Zuschrift 16/12
- 4** **„Polizeieinsätze im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften im Jahr 2014** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **29**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2783
- 5** **„Versammlungsfreiheit ade – Staatsschutz verhindert Demo-Anreise** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **35**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2781
- 6** **„Abschließende Zahlen für die im Jahr 2014 im Polizeibereich geleisteten Mehrdienststunden, geplantes Vergütungsvolumen bzw. geplante Kompensation** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **39**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2851
- 7** **„Netto-Anwärterzahlen und tatsächliche Personalentwicklung der Polizei in NRW in den Jahren 2010 bis heute** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **44**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2850

8 Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in Nordrhein-Westfalen (Abschiebungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen - AHaftVollzG NRW) 48

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Der 1. Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (zu § 3) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und CDU angenommen.

Der 2. Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (zu § 5) wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und CDU angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/7545 wird in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP und der Piratenfraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Geschäftliches 63

Der Vorsitzende versichert sich, dass in Anlehnung an die Diskussion zu Tagesordnungspunkt 1 – Abschließender Polizeibericht zu HoGeSa-Krawallen in Köln – der Inhalt des Berichts nach wie vor nichtöffentlich behandelt wird.

9 „Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen“ 64

Vorlage 16/2788

In Verbindung mit:

Land NRW muss bei der Flüchtlingsunterbringung Federführung übernehmen und Mindeststandards einführen

- Bericht der Landesregierung

10 Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung entlasten – Nordrhein-Westfalen als Impulsgeber für mutigen und konsequenten Bürokratieabbau **72**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5755
APr 16/829

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Der Antrag Drucksache 16/5755 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

11 Personalgewinnung des Landes Nordrhein-Westfalen muss der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden **73**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6855
APr 16/786

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Integrationsausschuss

Der Antrag Drucksache 16/6855 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

12 Gibt es eine „Gewahrsamsordnung“ für die geplante Abschiebehaftanstalt in Büren? (Antrag der Piratenfraktion, siehe Anlage) **74**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2833

13 Aktualisierung der Vorlage „Wann werden die syrischen Flüchtlinge endlich nach NRW kommen können?“ 77

Bericht der Landesregierung
Vorlagen 16/1604, 2009, 2098 und 2515

14 Verschiedenes 79

Die nächste Innenausschusssitzung findet statt am Donnerstag, den 7. Mai 2015, um 10 Uhr mit dem Schwerpunktthema „Präsentation FeuerwEHREN-Sache“ mit Aufnahme der Beratung des neuen Gesetzentwurfs zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes sowie Abschlussberatung und Abstimmung zum Entwurf des Datenschutzgesetzes.

Am 28. April 2015, 14 Uhr, findet das vereinbarte Briefing zum Lagebild Rockerkriminalität für die dazu angemeldeten Teilnehmer beim Landeskriminalamt Düsseldorf statt.

* * *

12 Gibt es eine „Gewahrsamsordnung“ für die geplante Abschiebehaftanstalt in Büren? (Antrag der Piratenfraktion, siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2833

Frank Herrmann (PIRATEN): Gestern fand die Sitzung des Rechtsausschusses statt, und dort wurde innerhalb der Sitzung die gleiche Frage gestellt. Da wurde gesagt, dass die Gewahrsamsordnung in der abgestimmten Endfassung vorliegt und quasi versandfertig ist. Das hat mich ein wenig gewundert. Warum liegt diese Gewahrsamsordnung uns nicht vor?

MR Jürgen Weißauer (MIK): Ich hatte gestern im Rechtsausschuss bereits gesagt, dass die Verordnung zur Unterbringung inhaltlich erstellt ist und sich hausintern noch in der letzten Abstimmung befindet. Sie kann an sich übersandt werden; ich bitte jedoch, die hausinterne Abstimmung noch abzuwarten. Ob wir das morgen oder am Montag schaffen werden, kann ich nicht versprechen, aber auf jeden Fall Anfang der nächsten Woche.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich kann Sie auf der einen Seite verstehen, auf der anderen wiederum nicht. Ich hatte auch Schwierigkeiten, den Bericht, den wir bekommen haben, zu verstehen, denn nach der ursprünglichen Planung sollte dieses Gesetz im März dieses Jahres vom Plenum verabschiedet werden. Und da wurde uns im Ausschuss schon in Vorgesprächen gesagt: Wir regeln das mit der Gewahrsamsordnung nicht im Gesetz, wir machen das nebenher, und die gibt es dann zur zweiten Lesung. Das wäre nach der ursprünglichen Planung das Plenum im März gewesen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Menschen, die sich jetzt damit beschäftigt haben, aufgrund unserer Anhörung und dem damit etwas verzögerten Verfahren nun gesagt haben: Okay, jetzt warten wir erst einmal ab, weil die zweite Lesung ja erst später stattfindet.

Die Sitzung heute findet sechs Tage vor der zweiten Lesung statt, und noch immer ist das Ganze nicht fertig. Ehrlich gesagt: Ich glaube das nicht. Ich finde es schade, dass das Thema so aus der Debatte herausgehalten wird, gerade weil die Debatte über das Abschiebehaftvollzugsgesetz gezeigt hat, wie wichtig eigentlich die speziellen Regelungen hierfür sind. Das alles soll in der Gewahrsamsordnung drinstehen. Und das wird dann am Montag oder wann auch immer – zwei Tage vor dem Plenum – fertig? Da fehlen mir, ehrlich gesagt, die Worte. Dass es sich nicht um einen vernünftigen Gesetzentwurf handelt, das wissen wir schon. Was dieses Verfahren hier so auf den letzten Drücker soll – ich habe dafür überhaupt kein Verständnis.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wieso das denn?)

Thomas Stotko (SPD): Herr Herrmann, ich habe dafür leider auch kein Verständnis. Es findet ein Verfahren statt, das wir hier in einer Obleuterunde gemeinsam vereinbart haben. Da hilft es nicht, wenn Sie jetzt sagen: Es war ja mal für den März geplant. – Dadurch dass wir durch die Anhörung einen Monat verloren haben – was nicht unser Ansinnen gewesen ist –, bin ich dankbar, dass der Monat genutzt wurde, an dieser Rechtsverordnung noch weiter zu arbeiten. Das ist ja nicht falsch.

Wenn Sie den Bericht gelesen haben, können Sie ihm entnehmen, dass das Ganze noch vor der zweiten Lesung übersandt werden wird. Jetzt mögen Sie finden, das müsse mindestens drei Wochen vorher sein oder eine Woche vorher. Die zweite Lesung ist am kommenden Mittwoch. Der Vertreter des Ministeriums teilt Ihnen mit: Sie bekommen es auf jeden Fall vorher – ich weiß jetzt nicht, ob am Wochenende oder am Montag. Was ist daran jetzt so schwierig?

Insbesondere handelt es sich um eine Zusage, die im Hinblick auf unser Gesetzesvorhaben überhaupt keine Relevanz hat. Wir können das Gesetz verabschieden auch ohne diese Verordnung.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Sie können alles verabschieden! Sie haben die Mehrheit!)

– Das hat mit Mehrheit überhaupt nichts zu tun; das ist eine Verordnung des Ministeriums. Da werden wir als Parlament gar nicht gefragt.

Wir haben aber unter den Obleuten vereinbart, dass wir die Angelegenheit so wichtig finden, dass wir den Gesetzentwurf nur dann in einer zweiten Lesung diskutieren möchten, wenn wir schon die zugrundeliegende Verordnung kennen. Diese Zusage wird jetzt eingehalten, und trotzdem meckern Sie immer weiter darüber. Irgendwann verstehe ich das nicht mehr.

Die Verordnung kommt rechtzeitig,

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Als Tischvorlage, oder was?)

aber wenn Sie so weitermachen, kommt sie eine Minute vorher als Tischvorlage, das ahne ich auch. Ich wäre froh, wenn sie ein bisschen früher käme. Nichts anderes ist gestern im Rechtsausschuss gesagt worden, nämlich dass die Verordnung in ihrem Grundsatzentwurf fertig ist, sich in der letzten Abstimmung befindet und dass wir sie, wie zugesagt, rechtzeitig bekommen werden.

Frau Düker und ich haben uns immer dafür eingesetzt, dass das auch Grundlage der Diskussion sein muss. Daran lassen wir uns auch festhalten.

(Monika Düker [GRÜNE]: Richtig!)

Minister Ralf Jäger (MIK): Ich will es ganz kurz machen. Wir haben die Verordnung zur zweiten Lesung zugesagt. Die zweite Lesung ist am kommenden Mittwoch. Herr Herrmann, geben Sie mir einfach die Gelegenheit, diese Verordnung zu lesen und anschließend zu unterschreiben. Dann geht sie an Sie raus.

Frank Herrmann (PIRATEN): Mir ging es nur darum, darauf aufmerksam zu machen, dass das „Vorliegen zur zweiten Lesung“ sich verzögert hat. Werter Herr Stotko, Sie drehen die Dinge immer wieder um. Das Talent haben Sie. Trotzdem bleibt es dabei: Man fühlt sich immer ein bisschen vorgeführt. Was Sie aus der Obleuterunde geschildert haben, ist so nicht vereinbart worden als Bedingung; nur um das auch einmal festzuhalten.

**Frank Herrmann**
Mitglied des Landtags
Nordrhein-WestfalenMitglied des Innenausschusses
Mitglied des Ausschuss für Kommunalpolitik

Landtag NRW • Frank Herrmann, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Innenausschusses
Daniel Sieveke MdLPostfach 10 11 43
D-40002 Düsseldorf
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

- im Hause -

Telefon: +49 (0) 211 884-4606
Fax: +49 (0) 211 884-3701
E-Mail: frank.herrmann@
landtag.nrw.de*nachrichtlich: Herr Norbert Krause,*
Ausschussassistent

Geschäftszeichen

Düsseldorf, den 13. April 2015

Beantragung zweier Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Innenausschusses am 23. April 2015

Sehr geehrter Herr Sieveke,

im Namen der Piratenfraktion beantrage ich für die o.g. Sitzung folgende Tagesordnungspunkte:

1. Gibt es eine „Gewahrsamsordnung“ für die geplante Abschiebehaftanstalt in Büren?

Der Gesetzentwurf zum Abschiebungshaftvollzugsgesetz der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16/7545) würde das Ministerium für Inneres und Kommunales ermächtigen, die Ausgestaltung des Abschiebungshaftvollzugs per Verordnung zu definieren. Über § 3 soll das Ministerium die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen treffen können. Sowohl in der Sitzung des Innenausschusses vom 26. Februar als auch in weiteren Gesprächen wurde eine „Gewahrsamsordnung“ für die zunächst avisierte Plenardebatte zum Gesetzentwurf im März (18.-20. März 2015) als Diskussionsgrundlage angekündigt. Es ist somit davon auszugehen, dass eine „Gewahrsamsordnung“ inzwischen vorliegt. Die Landesregierung wird demzufolge gebeten, die „Gewahrsamsordnung“ für die Innenausschusssitzung am 23. April 2015 in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen sowie in einem zusätzlichen Bericht die geplanten Regelungen ausführlich zu begründen.

2. Aktualisierung der Vorlage „Wann werden die syrischen Flüchtlinge endlich nach NRW kommen können?“ (Vorlagen 16/1604, 16/2009, 16/2098 & 16/2515)

Wir bitten um eine Aktualisierung der Vorlage 16/2515 (urspr.16/1604) „Wann werden die syrischen Flüchtlinge endlich in NRW ankommen?“ und um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie sind die Erfahrungen der Landesregierung mit der Umsetzung und Handhabung der Verpflichtungserklärungen der aufnehmenden Verwandten?
- Wie viele syrische Flüchtlinge leben mit welchem Aufenthaltstitel zurzeit in NRW? (Bitte seit 2011 nach Monat und Titel aufschlüsseln)
- Wie schätzt die Landesregierung die derzeitige Situation in Syrien ein - auch in Bezug auf die neuesten Entwicklungen in Jarmuk?
- Plant die Landesregierung ein erneutes Landesaufnahmeprogramm beispielsweise aus humanitären Gründen?
- Wann hat der Runde Tisch „Aufnahme syrischer Schutzbedürftiger in NRW“ zuletzt getagt und was sind die Ergebnisse?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Herrmann MdL